

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973 1949

85 (29.10.1949)

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Montag, Dienstag, Donnerstag, Freitag u. Samstag mittig. Freitags Haus 1.85, im Verlag abgeholt 1.65. Zustellgeld. Einzelnummer 15 Dpf.

Badischer Landsmann
gegründet 1896



Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreise: die 6-gespaltene Millimeterzeile 15 Dpf. — (Preisliste Nr. 1.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden.

1./50. Jahrgang

Samstag, den 29. Oktober 1949

Nr. 85

Gesamtplan für Demontage-Stop

Ein Beschluß der Bundesregierung - Vorlage an die Hohen Kommissare schon in Bälde

Bonn (TP). Die Bundesregierung beschloß am Freitag einen Gesamtplan über die Beendigung der Demontage auszuarbeiten. Dieser Plan soll schon in Kürze der alliierten Hohen Kommission vorgelegt werden.

Ein Sprecher der Bundesregierung gab bekannt, daß der Demontage-Vorschlag die Wünsche der deutschen Wirtschaft berücksichtigen werde.

Der britische Hobe Kommissar in Deutschland, Sir Brian Robertson, stattete — wie aus London verlautet — am Freitag vormittag Außenminister Bevin einen Besuch ab. Nach Ansicht diplomatischer Berichterstatter wurde vor allem die Demontagepolitik der Alliierten und das künftige Verhältnis zwischen Westberlin und der Bundesregierung besprochen.

In der Demontagefrage sind, wie hier verlautet, weitere Fortschritte der Verhandlungen kaum wahrscheinlich, solange Dr. Adenauer nicht Gegenanschläge vorgelegt hat. Bis dahin ist die alliierte Hobe Kommission nicht geneigt, Einzelverhandlungen über die Einstellung der Demontage bestimmter Betriebe in Westdeutschland in Erwägung zu ziehen.

Wie dazu aus Washington verlautet, hat die Demontagefrage zwischen den Regierungen der drei Westmächte in der letzten Zeit nicht zur Debatte gestanden. Diplomatische Kreise weisen jedoch darauf hin, daß die amerikanische Regierung es sehr gerne sehen würde, wenn das Demontageprogramm langsam aber wirklich durchgeführt würde.

Der amerikanische Hobe Kommissar, John McCloy, äußerte sich erneut zur Demontagefrage und erklärte, er sei entschieden dagegen, daß einer der drei Staaten eigenmächtig die bisher verfolgte Demontagepolitik ändere. Im übrigen sei ihm nicht bekannt, daß die britische Regierung seine Äußerungen zur Demontagefrage kritisiert habe. Er kündigte an, daß er am kommenden Montag nach London fliegen werde. Sein Besuch sei aber rein privater Natur.

Bonn oder Frankfurt?

Kabinettsverhandlung über Bundessitzung. Bonn (TP). In der Kabinettsitzung am Freitag standen neben der Demontagefrage — über die wir an anderer Stelle berichten — die Verhandlungen über die Frage des Bundessitzes im Vordergrund. Das Kabinettsbeschl. das Notopfer für Berlin um ein Jahr auszuweichen, und erweiterte ferner Mittel und Wege, um den internationalen Schutz deutscher Patente wiederherzustellen.

Die Sitzung mußte wegen Unpäßlichkeit von Bundeskanzler Adenauer vorzeitig abgebrochen werden.

Das Hauptamt für Soforthilfe hat die Bundesregierung gebeten, das Soforthilfegesetz zum Bundesgesetz zu erheben. Eine Begründung wurde angegeben, das Gesetz solle in allen Gebieten der Bundesrepublik einheitlich angewandt werden. Das Soforthilfamt

hat an Bundesfinanzminister Dr. Schäfer einen Antrag auf einen Kredit in Höhe von 120 Millionen DM gestellt, damit den Antragstellern auf Haushaltshilfe noch vor Weihnachten eine Rate ausbezahlt werden kann.

Die FDP-Fraktion des Bundestages bereitet zur Zeit einen Antrag zum Erlaß eines Wohnungsbaugesetzes vor. Wie der Fraktionsvorsitzende Dr. Schäfer mitteilte, wird sich dieser Antrag von allen anderen Anträgen, die bisher eingereicht wurden, wesentlich unterscheiden.

Bundesrepublik im Europarat?

London will Aufnahme befürworten. London (TP). Ein Sprecher des britischen Außenministeriums gab bekannt, Großbritannien werde in der kommenden Woche in Paris die Aufnahme der deutschen Bundesrepublik und des Saarlandes als nicht vollberechtigte Mitglieder in den Europarat unterstützen. Von der Bundesregierung wurde dazu mitgeteilt, daß vom Generalsekretariat des Europarates in Straßburg noch keine Einladungen an Bundeskanzler Dr. Adenauer und andere Bundesminister ergangen seien.

„Titoismus“ in der SED

Verdächtige Funktionen werden „erfaßt“. Berlin (TP). In der sowjetischen Besatzungszone soll, wie zuverlässig verlautet, ein verschärfter Kampf gegen „titoistische“ Tendenzen innerhalb der Sozialistischen Einheitspartei eingesetzt haben. Alle Parteifunktionäre, die solcher Bestrebungen verdächtig sind, werden von der Informationsabteilung des SED-Zentralsekretariats erfaßt.

Die Regierung des Landes Thüringen hat angeordnet, daß die Abiturzeugnisse von Schülern, die aus der Ostzone nach Westdeutschland fliehen, für ungültig erklärt werden. Das Ministerium ist der Auffassung, daß solchen Schülern „die sittliche Reife fehle“ und ein Abiturzeugnis „nicht mehr gerechtfertigt“ sei.

Der Vorstand der Kommunistischen Partei in Westdeutschland hat seinem eigenen Zen-

tralorgan, „Freies Volk“, einen scharfen Verweis erteilt. Das Blatt hatte behauptet, es gäbe keine „titoistischen“ Bestrebungen innerhalb der Partei.

Manstein weist zurück

Hamburg (TP). Im Prozeß gegen den früheren Feldmarschall von Manstein wies der Angeklagte im Kreuzverhör die Behauptung der Anklagebehörde zurück, er habe im Winter 1941/42 sowjetische Kriegsgefangene verhungern lassen. Manstein behauptet, die Sterblichkeitsziffer unter den Kriegsgefangenen sei unter den herrschenden Bedingungen normal gewesen. Der Angeklagte wies außerdem darauf hin, daß er der Bevölkerung gestattet habe, den Gefangenen Lebensmittel zu bringen.

Anklage auf Mord fallen gelassen

München (TP). In der Verhandlung des Münchener Euthanasieprozesses gegen Dr. Pannmüller gab der Staatsanwalt bekannt, daß er bezüglich der Aushungerung von Geisteskranken die Anklage wegen Mord fal-

len lasse. Die Anklage werde künftig dem Angeklagten in diesem Punkte Mordversuch vorwerfen. Die Verteidigung beantragte erneut die Bestätigung der Heilanstalt Eglfing-Haar durch die Geschworenen sowie die Vernehmung juristischer Sachverständiger über die Frage der Euthanasie während des Dritten Reiches. Weiter protestierte die Verteidigung gegen eine angebliche Stimmungsmaße der Presse gegen den Angeklagten.

McCloy: Keine Annexion

Protest der Bundesregierung zurückgewiesen. Frankfurt (TP). Der amerikanische Hobe Kommissar, John McCloy, hat in einem Schreiben an Bundeskanzler Dr. Adenauer den Protest der Bundesregierung gegen die holländischen Grenzveränderungen zurückgewiesen. McCloy betonte, bei den geringfügigen Grenzveränderungen handle es sich nicht um eine Annexion, sondern um eine Grenzberichtigung im Interesse einer besseren Zollüberwachung.

Aus Rußland heimgekehrt

Hof (TP). Im Grenzlager Moschendorf bei Hof trafen am Freitag 302 deutsche Kriegsgefangene aus der Sowjetunion ein. 117 Heimkehrer werden nach Württemberg-Baden weitergeleitet. Die Kriegsgefangenen kamen aus den Lagern Stalingrad, Moskau, Krasnojarsk und Slobodsk.

Unruhen in der Slowakei

Bauernrevolten gegen Regierungsbefehl - Auch bei den Sokoln wird gesäubert

Pressburg (CND). Der wachsende Terror der Prager Regierung hat in zahlreichen Orten der Slowakei zu großen Bauernrevolten geführt, so daß in einer Reihe von Gemeinden das Ständrecht verhängt werden mußte.

Einheiten der slowakischen Gendarmerie und Polizei haben sich dem Regierungsbefehl widersetzt, Gottesdienste unter Anwendung von Waffengewalt zu stören und stellten sich auf die Seite der Bevölkerung. In Drahozce bei Bad Piestany wurden kommunistische Rädelführer, die während des Gottesdienstes in die Kirchen eindrangen und die Gläubigen zum Verlassen des Gotteshauses aufforderten, von diesen gewaltsam aus der Kirche entfernt. Als Repressalie wurden darauf 170 Ortsbewohner verhaftet.

Aus Prag wird gemeldet, daß innerhalb der Sokol-Bewegung eine Säuberungsaktion durchgeführt worden sei. Das gesamte Personal des Hauptbüros der Sokoln sei entlassen worden. Den Entlassenen wurde vorgeworfen, gegen den Volksdemokratischen Regime und seinen Führer wie auch gegenüber der Sowjetunion wenig Sympathie gezeigt zu haben.

Der französische Botschafter in Prag gab, wie aus Paris verlautet, seiner Empörung darüber Ausdruck, daß der Ausweisungsbefehl der tschechoslowakischen Regierung an den französischen Militär-Attaché Oberst Elliot und dessen Stellvertreter der Presse zur gleichen Zeit bekanntgegeben worden sei, wie dem Botschafter selbst.

Säuberung auch in Polen

Drei Staatssekretäre unter den Verhafteten. Warschau (TP). Auch in Polen ist auf Grund von „Enthüllungen“ in den ungarischen Hochverratsprozessen über die angebliche Existenz eines Spionagenetzes in Osteuropa eine tiefgreifende „Säuberung“ des politischen Lebens eingeleitet worden. Dieser Aktion sollen mindestens drei Unterstaatssekretäre zum Opfer gefallen sein. Außerdem seien zahlreiche Beamte aller Rangstufen entlassen worden.

Aus London wird dazu gemeldet, daß sich unter den Verhafteten die Unterstaatssekretäre des Landwirtschafts- und Arbeitsministeriums befänden. Diese waren früher Mitglieder der Sozialistischen Partei Polens. Die Verhafteten wurden beschuldigt, mit den nationalistischen Auffassungen des ehemaligen stellvertretenden Ministerpräsidenten Homulka zu sympathisieren.

Die Mission des Internationalen Roten Kreuzes, die sich mit der Umsiedlung der Deutschen aus den polnischen Ostgebieten beschäftigt, ist aus Polen ausgewiesen worden. Die Interessenvertretung der Deutschen jenseits der Oder-Neiße-Linie wurde dem diplomatischen Geschäftsträger der Ostzonenrepublik übertragen.

„Der größte Verbrecher aller Zeiten“

Krach bei den norwegischen Kommunisten. Oslo (TP). Die Kommunistische Partei in Norwegen wird nach dem Vorbild der osteuropäischen Länder „gesäubert“. Der bisherige Generalsekretär wurde wegen „nationalistischer Neigungen“ ausgeschlossen und als „größter Verbrecher aller Zeiten“ bezeichnet.

Italien bietet Tito die Hand

Sforza vor der Nationalversammlung. Rom (TP). Der italienische Außenminister Graf Sforza erklärte in der Nationalversammlung, Italien sei bereit, Jugoslawien seine Hand entgegenzustrecken, ganz gleich, welches Regime dort an der Macht sei. Die Absichten Jugoslawiens auf italienisches Gebiet gäben allerdings einigen Anlaß zu Besorgnis, aber die drei Westmächte hätten in der Frage Triest Verpflichtungen übernommen. Sforza fügte hinzu: „Sobald einmal unsere nationalen Interessen befriedigt sind, werden Italien und Jugoslawien zum Erlaunen der Welt zeigen, wie weitgehend sie sich verständigen können und wie erfreulich und ergebnisreich sich ihre Beziehungen entwickeln werden.“

Die Erklärung des italienischen Außenministers wurde einen Tag nach Marshall Titos Äußerung abgegeben, der gefordert hatte, Jugoslawien und Italien sollten in wirtschaftlicher Beziehung besser zusammenarbeiten.

Bidault präsentiert sein Kabinet

Frankreichs neue Regierung gebildet. Paris (TP). Der neue französische Ministerpräsident Bidault hat am Freitag früh sein Kabinet dem Staatspräsidenten Auriol vorgestellt. Die Regierung besteht aus Volks-

Atmosphäre des Wahlkampfes

Stimmen zur Abstimmung im Unterhaus

London (TP). Die starke Opposition, die anlässlich der Billigung des wirtschaftlichen Notprogramms durch das Unterhaus sichtbaren Ausdruck fand, läßt nach Ansicht maßgebender politischer Kreise wohl darauf schließen, daß große Teile des englischen Volkes mit der Politik Attlees unzufrieden sind. Es sei aber — so wird betont — unrichtig, diese Abstimmung, die der Labour-Regierung die höchste Zahl von Gegenstimmen seit ihrer Amtübernahme im Jahre 1945 brachte, allzuviel Bedeutung zuzuschreiben. Mit dem Herannahen der Parlamentswahlen hätten die

Oppositions-Parteien ihre Haltung versteift und die ganze Unterhaus-Debatte habe bereits in einer Atmosphäre des Wahlkampfes stattgefunden.

In der Schlußdebatte hatte Winston Churchill als Führer der Opposition scharfe Angriffe gegen das Kabinet gerichtet. Er warf der Labour-Regierung vor, sie habe nicht nur das Pfund, sondern die ganze britische Nation abgewertet. In den vier Jahren ihrer Amtsführung seien noch nie dagewesene, hemmungslose Aufgaben verursacht worden. Die Regierung habe sich nicht nur auf finanziellen Gebiet, sondern auch geistig und moralisch als bankrott erwiesen. Je schneller Neuwahlen durchgeführt würden, umso besser wäre England daran.

In seiner Antwortrede bezeichnete Premierminister Attlee die Sparmaßnahmen als ausreichend. Die britische Wirtschaft — so sagte er — sei weder rein kapitalistisch noch rein sozialistisch. Wenn eine solche Wirtschaft befriedigend arbeiten solle, dann dürfe man nicht nur das Motiv des Gewinns in den Vordergrund stellen, sondern auch den Gedanken des Dienstes an der Allgemeinheit. In den nächsten acht bis neun Monaten seien die Parlamentswahlen zu erwarten. Bis dahin müsse jeder zur Lösung der wirtschaftlichen Schwierigkeiten des Landes vom nationalen Standpunkt aus beitragen.

Bei der anschließenden Abstimmung sprach das Unterhaus dem Kabinet Attlee mit 337 gegen 5 Stimmen sein Vertrauen aus. Die Konservativen enthielten sich der Stimme. Ein Abänderungsantrag der Konservativen wurde mit 353 gegen 222 Stimmen abgelehnt.

Das britische Kabinet erörterte, wie angenommen wird, die Zurückziehung der 3000 Mann britischer Truppen in Griechenland. An den britischen Außenminister wird am Montag im Unterhaus eine Anfrage gerichtet werden, ob er eine Erklärung über das weitere Verbleiben der britischen Truppen in Griechenland geben könne.

Ein Tagesbefehl Gottwalds

Zum 31. Jahrestag der Tschechoslowakei. Prag (TP). Präsident Gottwald hat anlässlich des 31. Jahrestages der Gründung der tschechoslowakischen Republik einen Tagesbefehl erlassen. Er erklärte, es sei Rußlands Oktoberrevolution von 1917 gewesen, die die Gründung der tschechoslowakischen Republik ermöglicht habe und es sei der Sieg der Sowjetunion im zweiten Weltkrieg gewesen, der es der Tschechoslowakei ermöglicht habe, ihre Unabhängigkeit als Volksrepublik wiederzugewinnen. Die Gründer der tschechoslowakischen Republik, Masaryk und Benesch, wurden nicht erwähnt.

Die Revolte der Admirale

Truman enthebt Marine-Oberbefehlshaber seines Postens

Washington (TP). Präsident Truman hat den Oberbefehlshaber der amerikanischen Seestreitkräfte, Admiral Denfeld, seines Postens entbunden. Der Präsident erklärte vor Pressevertretern, er hoffe, daß die Zusammenarbeit zwischen den drei Teilen der amerikanischen Streitkräfte in Zukunft besser werde.

Die Entlassung Denfelds ist das Ende einer dramatischen Entwicklung, die in der amerikanischen Öffentlichkeit seit langem großes Aufsehen erregt hat. Präsident Truman wollte Heer, Flotte und Luftwaffe zur Stärkung der Kampfkraft unter ein einheitliches Kommando stellen. Dem Verteidigungsminister Louis Johnson gelang es, den Oberbefehlshaber Denfeld für die Marine, General Vandenberg für die Luftwaffe und Generalstabschef Bradley für das Heer in einem Einheitskommando zu vereinen, dessen Vorsitz Bradley übernahm. Aber die Vereinbeitlichung der drei Wehrmachtsteile war nur äußerlich. In Wirklichkeit herrschte unter ihnen weiterhin heftige Rivalität. Vor allem konnte es die Flotte nicht verschmerzen, daß sie von ihrer beherrschenden Stellung verdrängt werden sollte, um der Luftwaffe größere Bedeutung einzuräumen. Praktisch gesprochen ging es darum: Soll man Flugzeugmutter-schiffe bauen oder Fernbomber vom Typ B-36, die als Atombombenträger vorgesehen sind. Der Verteidigungsminister entschied sich für die Fernbomber und stellte den Bau der Flugzeugmutter-schiffe ein. Nun brach der Konflikt offen los. Durch die Indiskretion eines bekannten Marine-Kampffliegers wurden Briefe hoher Flottenoffiziere der Öffentlichkeit unterbreitet, in denen der Verteidigungsminister beschuldigt wurde, er untergrabe die nationale Sicherheit. Eine wochenlange Parlamentsuntersuchung war die Folge. Der ganze Groll und das aufgeschickte Ressentiment der höheren Flottenoffiziere entlud sich vor diesem Forum.

Aber es war umsonst. General Bradley zeigte mit schonungsloser Offenheit die eigentlichen Hintergründe dieser Streiterei an und erklärte, daß „die Herrschaften aus der Marine nicht in der Reihe marschieren, sondern selber kommandieren wollten“. Schon vor Tagen schrieb daher die „Schweizer Nationalzeitung“, daß „Admiral Denfeld nach all diesen Vorgängen nicht mehr Fottenschef bleiben kann“. Das ist nun eingetroffen. —s.

Flugzeug rast gegen Berggipfel

Katastrophe auf der Azoren-Insel San Miguel. Sämtliche 48 Insassen umgekommen

Paris (TP). Ein Transatlantik-Flugzeug der französischen Fluggesellschaft Airo France, das den Pariser Flugplatz am Donnerstagabend um 21 Uhr verlassen hat, ist in den frühen Morgenstunden am Pis Algardia auf der Azoren-Insel San Miguel abgestürzt. Dabei sollen alle 37 Passagiere und die 11köpfige Besatzung ums Leben gekommen sein.

Nach den letzten Meldungen wurde auf dem Flugplatz bei Paris ein Funkspruch aufgefangen, aus dem hervorgibt, daß alle 48 Insassen umgekommen sind. Das Flugzeug stieß gegen einen 1000 m hohen Berggipfel auf der Insel San Miguel, wenige Minuten bevor es auf dem Flugplatz Sta. Maria landen sollte. Unter den Flugzeugen befanden sich die Violinistin Ginette Neveu und der Boxer Marcel Cerdan.

In den frühen Morgenstunden hatte der Flugzeugführer die Nachricht gefunkt, daß er sich den Azoren nähere. Er wurde ihm die Erlaubnis zur Landung erteilt, aber dann war die Verbindung unterbrochen. Sofort wurde Alarm gegeben. Flugzeuge, sowie britische und französische Marineflugzeuge begaben sich auf die Suche. Der Flugzeugführer eines der ausgesandten Flugzeuge entdeckte später die rauchenden Trümmer der abgestürzten Maschine.

republikanern, Sozialisten, Radikalsocialisten und Unabhängigen. 10 von den 18 Ministern des Kabinetts Queuille sind auch in der Regierung Bidault auf ihren Posten geblieben, darunter Queuille selbst als stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister Robert Schuman, der sein Amt beibehält.

Als zweiter stellvertretender Ministerpräsident zeichnet Jules Moch, der wieder das Innenministerium übernimmt. Und Pêche steht wieder an der Spitze des Finanzministeriums. Das neue Kabinett wird am Donnerstag erstmals zusammentreten.

Bei der entscheidenden Abstimmung hatte die Nationalversammlung Bidault mit 367 gegen 183 Stimmen das Vertrauen ausgesprochen. Der neue Regierungschef erhielt damit 50 Stimmen über die erforderliche Mehrheit. Nur die Kommunisten stimmten gegen ihn.

VOM TAGE

Bund der Richter und Staatsanwälte. Ein Bund der Richter und Staatsanwälte in der Bundesrepublik Deutschland wurde in München gegründet. Die Vereinigung ist die Dachorganisation aller im Bundesgebiet bestehenden Richtervereine.

250 000 DM-Scheck für Freie Universität Berlin. Dem Rektor der Freien Universität Berlin wurde von dem amerikanischen Stadtkommandanten General Taylor ein Scheck über 250 000 DM überreicht, der die amerikanische Hohe Kommissar für Deutschland, John Mc Cloy, für den weiteren Aufbau des Institutes zur Verfügung gestellt hat. (TP)

Der österreichische Gewerkschaftsbund beschloß, aus der kommunistischen Weltgewerkschaftsorganisation auszutreten und sich dem neuen antikomunistischen Gewerkschaftsbund anzuschließen, der Ende November in London gegründet wird. (TP)

Frau Rajk nach Sowjetunion verschleppt. Die ungarischen Behörden haben die Gattin des früheren Außenministers Rajk, der vor kurzem hingerichtet wurde, festgenommen. Frau Rajk soll mit ihrem sechs Monate alten Sohn nach einem unbekanntem Ort in der Sowjetunion verschleppt worden sein. (TP)

Acht Minister trafen in Paris zusammen. In Paris kamen am Freitagmorgen acht Minister aus acht europäischen Staaten zusammen, um die Tagesordnung für die in der nächsten Woche stattfindende Konferenz des Rates für die wirtschaftliche Zusammenarbeit Europas vorzubereiten. (TP)

Vier Millionen europäische Kinder werden im kommenden Winter vom Kinderhilfsfonds der Vereinten Nationen Lebensmittel und Kleidungsstücke erhalten. U. a. hat der Kinderhilfsfonds Lebertran für 1 Mill. deutscher Kinder eingekauft. (TP)

„Wenn Deutschland krank ist...“ Auf der Tagung des Exekutivkomitees der „Liberalen Weltunion“ in Wiesbaden erklärte der Präsident dieser Union, der spanische Philosoph Salvador de Madariaga: „Wenn Deutschland krank ist, ist Europa krank. Wenn Europa krank ist, ist die ganze Welt krank.“ (TP)

Sforza „in Sachen Kolonien“. Der italienische Außenminister Graf Sforza richtete an Großbritannien die Bitte, die Forderung Italiens auf Unabhängigkeit seiner früheren Kolonien anzuerkennen. Eine baldige Entscheidung in diesem Sinne würde das politische Gleichgewicht im Mittelmeerraum und im Gebiet des Roten Meeres stärken. (TP)

„Skandal“ um Mrs. Simpson

Zum zweiten Mal „erobert“ eine Frau mit diesem Namen ein Mitglied des engl. Königshauses

Als im Jahre 1935 der Herzog von Windsor englischer König wurde, kurze Zeit darauf aber abdankte, gab es einen Aufruhr, der monatelang die ganze Welt bewegte. Man fand die Tatsache, daß der junge Monarch auf die Krone verzichtete, um eine bürgerliche Frau, eine gewisse Mrs. Simpson, heiraten zu können, geradezu sensationell. Obwohl die Abdankung noch einen schwerwiegenden politischen Hintergrund hatte, paßte die offizielle Auslegung besser in die Konzeption der Skandalpresse. Man schrieb also seitenlange Berichte von dem angeblich unordentlichen Verlieben der „wilden Wally“ und lobte nebenher die seelische Größe und Menschlichkeit des Herzogs.

Nachdem die Heirat stattgefunden hatte, verbreitete die Flut der Gerüchte. Beim englischen Volke hatte das Ansehen des Herzogs nicht gelitten. Nur in Adelskreisen blieb die ganze Affäre in unliebsamer Erinnerung und der Name Simpson wurde der unverrückbare Stein des Anstoßes in der Tradition des englischen Königshauses.

Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß man Anfang dieses Jahres aufzuhorchen begann, als in den Londoner Gesellschaftskreisen eine neue Mrs. Simpson auftauchte. Dieses Mal war zwar keine Königskrone in Gefahr, aber der Umgang der jungen Amerikanerin mit dem Marquess von Milford Haven war ein berechtigter Grund, zu dem verführten Skandal eine Parallele zu ziehen.

„Toodie“ — eine exzentrische Frau

Zunächst versuchte man die Vergangenheit von Mrs. Simpson II. zu erforschen und fand dabei heraus, daß sie aus Boston stammt und einen Admiral zum Großvater hat. „Toodie“, wie sie auch genannt wird, soll eine exzentrische Frau sein. Obwohl sie auf Männer nicht gerade anziehend wirken soll, machte sie 1946 eine gute Partie und zwar wurde sie die Frau des Chicagoer Millionärsohnes William Simpson. Doch schon nach einem Jahr wurde diese Ehe geschieden. Im Mai dieses Jahres führte sich Mrs. Simpson mit einem Empfehlungsschreiben, an Milford Haven in England ein.

Der Marquess kümmerte sich nicht um den Eifer einiger englischer Zeitungen, die ihm gleich zu Anfang seiner Beziehungen zu der Amerikanerin eine „Affäre“ andichten wollten. Als er mit ihr jedoch eine Reise an die französische Riviera unternahm, hielt er es für notwendig, sich öffentlich zu erklären. Diese Erklärung war eine Verlobungsanzeige. Dem englischen König, seinem Vetter, schickte er am Tage zuvor einen Brief — „aus Höflichkeitsgründen“ —, wie er einem Reporter

Atombomben „am laufenden Band“

Massenfertigung hat begonnen - USA rechnen mit einer Jahresproduktion von 1000 Bomben

Nach Informationen aus Kreisen des amerikanischen Atomenergieausschusses stehen den USA schon jetzt nicht nur bedeutend wirksamere Atombomben zur Verfügung, sondern es soll auch eine Verzehnfachung der jetztjährigen Produktion durchaus im Rahmen des Möglichen liegen. Das bedeutet, daß es in den USA bis Ende dieses Jahres 1500 Atombomben der verschiedensten Wirkungsgrade geben dürfte, von denen eine einzige Bombe nach den Ausführungen Dr. R. E. Lapps, eines amerikanischen Wissenschaftlers von Weltruf, in einer Stadt wie New York 200 000 Menschen töten würde.

Die Russen sind mit ihren Informationen zurückhaltender. Trotzdem konnte der Präsident der Atomenergie-Kommission der USA, Lillenthal, vor kurzem feststellen, daß die russischen Atombomben gleichwertig wirksam und der amerikanischen Vorsprung „wie Schnee an der Sonne“ schmelze. Man muß also damit rechnen, daß auch Rußland in Kürze die Atombombe in Massenfertigung produzieren wird.

Vorerst keine wirksame Abwehr

Sehr bedeutsam ist deshalb die Frage der Abwehr. Vorerst hat es nicht den Anschein, als ob es jemals möglich wäre, dem Strahlentod Einhalt zu gebieten. Was bis jetzt als Gegenmittel entwickelt wurde, ist in Anbetracht der verheerenden Wirkung der Atombombe mehr als kläglich. Dr. Lapp empfiehlt z. B. Dezentralisierung aller größeren, amerikanischen Städte und schlägt als Sofortmaßnahme den Bau von 10 000 zementierten Unterständen vor. Zahlreiche, neue Fabrikanlagen wurden bereits tief unter der Erde versteckt, um allen Eventualitäten vorzubeugen.

Was hilft das alles? Erwiesen doch die letzten Atombomben-Experimente, daß die radioaktive Strahlung jahrelang ganze Landschaftsbezirke verunreinigt. Selbst wenn es tatsächlich gelingen sollte, einen Impfstoff gegen radioaktive Strahlung zu entdecken, wie aus Amerika berichtet wird, so ist damit die eigentliche Gefahr so wenig gemildert, wie durch das „Anti-Atomstrahlen-Fabrikat“ eines griechischen Chemikers, das als eine Art Isolierungsschicht für Kleidung und Überwürfe ausgezeichnete Dienste leisten soll. Auch die Verwirklichung von garantiert „sicheren Städten“ wird Utopie bleiben, und sei ihre Anlage technisch noch so klug konstruiert. Denn die Wirkung der Atombombe beruht ja nicht nur auf radioaktiver Strahlung, sondern ebenso in einer gewaltigen Sprengkraft und in der Auslösung von Feuerstürmen, radioaktiven Salznebelwolken und riesigen Springfluten, vor denen es nur noch eine Rettung gibt: nämlich möglichst weit weg von der Abwurfstelle zu sein.

Daran werden auch radargesteuerte „Rammraketen“ nichts ändern, mit denen manche Militärs hoffen, Atombomben- oder Raketen bereits in großen Höhen zur Explosion zu bringen. Denn, wie wollte die Abwehr auch wissen, welches der anliegenden Flugzeuge Atombomben geladen hat?

Operationspläne, die sich aufheben

Das alles sind Binsenweisheiten für die zuständigen Fachleute. In den USA wird offen

zugegeben, daß z. B. zehn russische Atombomben eines weniger entwickelten Typs in den amerikanischen Industriegebieten zweifelloser mehr anrichten könnten, wie 50 amerikanische Bomben der neuesten Ausführung in Rußland. Die Vorstellung eines „Atomblitzkrieges“ wurde daher auch schon seit geraumer Zeit begraben. Dafür heißt es nun wieder, ein kommender Krieg würde aller Wahrscheinlichkeit nach noch länger dauern wie der vorhergegangene. Der Atombombe käme lediglich die Rolle einer überdimensionalen Artillerie zu.

Dieselbe Konsequenz gilt jedoch für beide Parteien. Wie auch alle noch so geschickten Operationspläne hinfällig werden dürften, da sie sich gegenseitig in Form einer allgemeinen Vernichtung aufheben. Warum aber dann eigentlich noch Atombomben? Warum werden die Milliardenbeträge für die Aufrüstung nicht einem besseren Zwecke zugeführt, wenn eines Tages ja doch nichts anderes übrig bleiben wird, als dieses ganze Aufgebot der Vernichtung in einem internationalen Übereinkommen zu liquidieren?

Das ist die Kardinalfrage. Bis zu ihrer Klärung wird es sich doch nicht vermeiden lassen, daß mit jedem Monat neue Lager von Atombomben hüben wie drüben aufgeschüttet werden. Unvorstellbar, wenn ein Wahnsinniger doch einmal auf die Idee kommen sollte, diese Bomben einzusetzen. M.B.

Wirtschafts-Nachrichten

Größere Vollmachten für Außenhandel

Die Bundesrepublik wird, wie in einem Kommuniqué der Hohen Kommissare mitgeteilt wird, in Kürze mit den Vereinigten Staaten über ein zweiseitiges ERP-Abkommen verhandeln. Die Bundesregierung soll ferner weitgehendere Vollmachten für den Außenhandel erhalten. Das Hobe Kommissariat behält sich jedoch ein Kontrollrecht vor. Einzelheiten über erweiterte deutsche Befugnisse werden von alliierten Sachverständigen ausgearbeitet. Das Hobe Kommissariat beschloß ferner, der Bundesregierung eine Einladung der internationalen Handelsorganisation zur Teilnahme an den im nächsten Jahr stattfindenden Zollverhandlungen zu übermitteln. (TP)

„Industrie- und Handelstag“

Die Industrie- und Handelskammern der deutschen Bundesrepublik haben sich in Ludwigshafen zum „Industrie- und Handelstag“ zusammengeschlossen. Die Bezeichnung wurde von der Organisation der Industrie- und Handelskammern im früheren deutschen Reich übernommen, die auf eine langjährige Tradition zurückblickt. Zum Präsidenten wurde Dr. Alfred Petersen aus Frankfurt gewählt. Er forderte in einer Ansprache Erleichterungen für die Handelsschifffahrt und für den Schiffbau. Zur Frage des Mitbestimmungsrechts der Arbeitnehmer erklärte er, daß nur der Unternehmer über die Führung des Betriebes entscheiden könne, weil er auch die Verantwortung dafür trage. (TP)

Zur Frage

der privaten Rentenversicherungen

Auf Grund der bisherigen Auslegung der betreffenden Paragraphen der Versicherungsordnung sind offiziell die Renten, die auf Grund privatrechtlicher Versicherungsverträge gezahlt werden, nur im Verhältnis 10:1 umgestellt worden. Auf dem Gebiete der Haftpflichtrenten sind dagegen gerichtliche Entscheidungen über eine Umstellung 1:1 ergangen. Dieses Ergebnis ist nunmehr durch die kürzlich ergangene 32. Durchführungsverordnung zur Versicherungsverordnung bestätigt worden.

Bei einer vernünftigen und sozial gerechten Neuregelung des gesamten Komplexes müßten aber auch die privaten Anwartschaften eine entsprechende Berücksichtigung erfahren. Es gibt 40 000 Empfänger von privaten Versicherungsrenten, die zum allergrößten Teil nicht mehr arbeitsfähig sind, zumal 90 % das pensionsfähige Alter erreicht haben. Viele dieser privaten Versicherungsrentner sind heute auf staatliche Unterstützung angewiesen. Nach den Währungssetzungen können die Versicherungsunternehmen erhöhte Leistungen nur dann übernehmen, wenn sie entsprechend höhere Ausgleichsforderungen erhalten. Dafür werden aber die Fürsorgetätigen der Länder entsprechend entlastet, so daß die praktische Belastung erheblich geringer ist. (SWK)

Härten sollen beseitigt werden

Der Ausschuß für Kriegsopfer- und Kriegsgefangenen-Fragen tagte in Bonn gemeinsam mit dem Ausschuß für Sozialpolitik. Zwei Anträge wurden beraten, die bis zur Schaffung eines einheitlichen Versorgungs-Gesetzes eine Übergangsregelung anstreben, um die jetzt bestehenden Härten zu beseitigen. Der Vertreter des Bundesarbeitsministers gab bei dieser Gelegenheit einen kurzen Bericht über den gegenwärtigen Stand der Versorgung der Kriegsopfer. Darnach werden insgesamt 2,8 Millionen Rentenansprüche bereits bearbeitet; weitere 700 000 sind noch unerledigt. Zu dieser Zahl kommen weitere 300 000 Rentenansprüche von Kriegshinterbliebenen. Das sind insgesamt 3,8 Millionen Rentenansprüche für Kriegsopfer. (v.W.)

Die notwendige Steuerreform

Die „Volkswirtschaftliche Gesellschaft“ in Hamburg hat in einer Denkschrift neue Leitsätze zur organischen Steuerreform veröffentlicht. Es wird darin auf das Neben- und Gegeninander der verschiedensten Steuern hingewiesen und ein neues, geschlossenes Steuersystem gefordert. Da heute nicht mehr die Leistungsfähigkeit die Steuer, sondern die Steuer die Leistungsfähigkeit bestimme oder gar lähme, müsse die mutige Inangriffnahme neuartiger Lösungen des Steuerproblems gefordert werden. Die Denkschrift kann von der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft, Hamburg-Altona, Vöcklerstr. 14-20 angefordert werden.

Südwestdeutsche Nachrichten

Lehrerriegerung der höheren Schulen

Karlsruhe. Von Samstag bis Montag tagt hier der Landesverband der Lehrer an höheren Schulen. Aus diesem Anlaß findet am Sonntag um 10 Uhr 15 eine Feststunde im Studentenhaus statt.

Gleichberechtigung für Baden

Bruchsal. Bei der Kreis Konferenz der SPD erklärte Parteisekretär Busch (Karlsruhe), daß die SPD wohl für den Südweststaat eintrete, aber einen Weg suche, um Badens Gleichberechtigung mit Württemberg zu sichern. In der Diskussion wurden u. a. einzelne hohe Beamtenpositionen sowie Maßnahmen der Bürokratie beanstandet.

Schmuckwarenmuseum ersticht wieder

Pforzheim (SWK). Nach einer Mitteilung des zuständigen Dozenten Dr. Trautwein sind die Pläne zum Wiederaufbau des weltbekannten Pforzheimer Schmuckwarenmuseums soweit gediehen, daß die während des Krieges in bombensichere Gewölbe verlagerten einzelnen Sammlungsstücke wieder nach Pforzheim zurückgebracht werden konnten. Bekanntlich verfügt das Museum über einzigartige und einmalige Schmuckstücke aus vielen Jahrhunderten. Ihre Unterbringung in dem bald wieder erstehenden Schmuckwarenmuseum beansprucht allein einen Raum von sieben Sälen mittlerer Größe.

Frecher Raubüberfall in München

München (SWK). Um Mitternacht wurde in der Nähe des Hauptbahnhofes ein Viehhändler von drei Personen in amerikanischer Uniform angehalten und ihm 12 000 DM gewaltsam abgenommen. Zufällig vorübergehende Passanten konnten die MP benachrichtigen, der es gelang, zwei der Uniformierten festzunehmen in deren Besitz noch über 7000 DM gefunden wurden.

Leerer Kindersarg — Leiche vergessen

Aalen (SWK). Zu großer Aufregung und grundlosen Gerüchten führte dieser Tage das Eintreffen eines Kindersarges. Ein Kind war in einem Kinderheim verstorben und sollte zur Beisetzung nach hier übergeführt werden. Als der Sarg geöffnet wurde, stellte man fest, daß er leer war. Diese Tatsache führte zu zahlreichen irigen Vermutungen, bis sich durch eine telefonische Rückfrage mit der Leiterin des Kinderheimes herausstellte, daß der Fahrer des Leichenwagens die Leiche des Kindes vergessen hatte.

Tagung süddeutscher Volkshochschulen

Göppingen (SWK). Vertreter der nordwürttembergischen Volkshochschulen hielten hier eine Tagung ab. An den Besprechungen nahmen auch Vertreter der Volkshochschulen in Nord- und Südbaden, in Südwürttemberg und Bayern, sowie Vertreter der amerikanischen Erwachsenen-Bildung teil. Die Tagung diente in erster Linie der Aufstellung gemeinsamer Lehrpläne für das beginnende Wintersemester.

Kinder tragen das Antlitz Sibiriens

S. Ulm. Mit einem Frauentransport aus Rußland trafen kürzlich im Heimkehrerlager Kienlesberg mehrere Kinder ein, die im Jahre 1945 bei der Besetzung Schlesiens und Bessarabiens samt ihren Müttern ins Innere Rußlands verschleppt worden waren. Obwohl die Kinder dank der guten Pflege, die ihnen seit der Rückkehr nach Deutschland zuteil wurde, bereits wieder besser aussehen, machen sie insgesamt einen scheuen und traurigen Eindruck. Man sieht ihnen ihr Schicksal in den vergangenen Jahren an. Von der deutschen Sprache wissen sie nichts mehr, da ihre Mütter zum großen Teil schon zu Beginn der Gefangenschaft an Kummer, Not und zu schwerer Arbeit gestorben und die Kinder dann in ein russisches Waisenhaus verbracht worden sind. Dort mußten sie vormittags die russische Schule besuchen und am Nachmittag auf Äckern und Feldern arbeiten. Eine Normal-Arbeitsleistung, ähnlich wie bei Erwachsenen, hatten auch die Kinder täglich zu vollbringen, andernfalls drohten ihnen Schläge und Rationskürzung. Ohne Unterschied sind Buben und Mädchen die Köpfe kahl geschoren. Sie können noch nicht begreifen, daß sie in Deutschland völlig frei spielen dürfen. Das „Sowjetparadies“ hat ihnen seinen Stempel aufgedrückt.

Raubüberfall auf ein Mädchen

S. Ulm. In der Nähe Ulms ereignete sich soeben ein neuer Raubüberfall, den drei unbekannte Männer auf eine ledige Hauschilfin aus Bollingen durchführten. Sie zwangen das Mädchen durch Gewalt und Drohung zur Herausgabe ihres Geldes und ließen von der Überfallenen erst ab, als sich herausstellte, daß sich in ihrem Geldbeutel nur 20 Pfennig befanden. Von den Tätern fehlt zur Zeit noch jede Spur.

Frauenleiche in der Elchaz gefunden

M.K. Reutlingen. Im Flußbett der Elchaz fanden Arbeiter eine nackte Frauenleiche. Die polizeilichen Ermittlungen ergaben, daß die Frau, eine 27jährige Betzinger Einwohnerin, das Opfer eines Abtreibungsversuches ist. Der Täter ist noch unbekannt.

Kein „freudiges“ Wiedersehen

Tuttlingen (TP). Es war für den ehemaligen Küchenschef eines deutschen Kriegsgefangenenlagers in Rußland kein freudiges Wiedersehen, als er zufällig von ehemaligen Mitgefangenen wiedererkannt wurde. Er hatte sich ihnen gegenüber brutale Gewalttätigkeiten erlaubt, bei der Essenausgabe den Schöpflöffel in das Gesicht seiner Kameraden geschlagen und sogar einen Mitgefangenen auf der glühenden Ofenplatte versenkt. Da das hiesige Amtsgericht Haftbefehl erlassen hat, wird diese Wiederbegegnung noch längere Zeit andauern.

Vom Pferde erschlagen

Leonberg (SWK). Im beschriebenen Kortal wurde ein achtjähriger Junge von einem Pferde so schwer getreten, daß er kurz nach Einlieferung ins Krankenhaus seinen Verletzungen erlag.